

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz. Gemeindevorstands-Girokonto: Bad Schandau 36 — Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle, Schandau — Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Verleger: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbjährlich ins Haus gebracht 90 Gold-Mrk., für Selbstabholer 80 Gold-Mrk. Einz. Nummer 15 Gold-Mrk. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt den Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähr, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Stele — Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in Goldmark): die 7 gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfa., für auswärtige Auftragsgeber 20 Pfa., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfa., tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Nr. 268

Bad Schandau, Sonnabend, den 15. November 1924

68. Jahrg.

Für eilige Leser.

* In der Nacht zum 17. November soll die Umgebung von Darmstadt von fremder Besatzung geräumt werden.

* Die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen werden am 4. Dezember in Rom wieder aufgenommen.

* Das Haftentlassungsgesetz der deutschen Regierung für General von Nathusius ist von Frankreich abgelehnt worden.

* In der Nacht vom 15. auf den 16. November gehen die Regiebahnen im Westen in die Hände der deutschen Eisenbahngesellschaft über und die deutsche Verwaltung tritt wieder voll in ihre Rechte.

* Die Schwedische Akademie der Wissenschaften tritt in einer an die Akademien der im Kriege neutral gebliebenen Staaten gerichteten Rundschreiben für die Freiheit des deutschen Luftschiffbaues ein.

Berschwendung und Besatzung.

Von Wolfgang Kriege.

Wer diese ganzen Besatzungsjahre miterlebt hat, kann sich schwer des Gedankens erwehren, daß es den Besatzungsmächten am Rhein weniger um unser Geld zu tun war, als darum, uns wirtschaftlich in einen Abgrund zu treiben, aus dem sie sich dann herausziehen konnten, was ihnen befiel. Wieviel besser stünde Deutschland da, wenn nur allein in den vier Besatzungsjahren einige Sparmaßnahmen getroffen wären und die besetzenden Truppen nur den Luxus für sich gefordert hätten, den sie im eigenen Lande ihren verschiedenen Lebensstellungen entsprechend gewohnt waren. Wenn die Begleitung der Mannschaften und Offiziere sich nur auf einen bestimmten Verwandtschaftsgrad beschränkt hätte.

Ich sah vor zwei Jahren mit einem Deutsch-Amerikaner im Hotel Rose in Wiesbaden. Wir waren die einzigen Deutschen dort. Aber die mittleren und hohen französischen Offiziere mit Kind und Kegel, Schwiegermüttern, Tanten und sonstigen Anhängern mehr oder weniger legitimen Genres lebten dort und speisten wie die Fürsten. Der alte Herr aus Amerika schüttelte nur immer mit dem Kopfe und seufzte: „Kinder, die freisen Euch ja auf! Wie kann Deutschland zu Kräften kommen, solange die alle an Euch schmarrnen.“

Die Städter im besetzten Gebiet wissen nicht, woher sie die notwendigen Ausgaben nehmen sollen. Armenfürsorge, Waisenheime, Krankenanstalten müssen eingehen oder ungebührlich beschränkt werden, weil die Besatzung so kostspielige Wünsche hat. Da ist dieses oder jenes Möbelstück in den beschlagnahmten Villen nicht stülvolk genug und muß ersetzt werden. Ein Leutnant findet in seinem wundervollen Zimmer einen hellen Schrank zwischen Polstermöbeln. So etwas verleiht sein Auge. Er reklamiert einen passenden Polsterdivan. Da ihn die Quartiersleute nicht besitzen, muß ihn die Stadt beschaffen. Ein Wagenwächter wünscht in seinem eleganten Zimmer ein Buffet und ein Klavier. Er kann zwar nicht spielen, aber die Stadt hat es zu beschaffen. Jedes kleine Soldatenkrauchen verlangt Bedienung, Teppich, Telefon. Bordelle müssen eingerichtet werden, Krankenhäuser für Soldaten und ihren Anhang freigegeben und unterhalten werden, Niederunterstützungen werden eingerichtet für die Besatzungsdamen verschiedener Stände. Babypausenstunden hat die betreffende Stadt zu liefern, auch den Kinderwagen. Es gibt Offiziersfrauen, die nicht drei Schritte aus dem Hause oder quer über die Straße gehen, ohne dazu ein Auto zu beanspruchen. Daß die Damen auch Reitpferde mit sich führen, ist durchaus keine Ausnahme. Für die Kinder ist Lehrpersonal zu stellen oder zu besolden, Schulen müssen für sie geräumt und unterhalten werden.

Nicht nur in der Inflationszeit, auch heute noch tragen die Frauen der Unteroffiziere die kostbaren Kleider und Pelze, und der Ankauf von Solingen Stahlwaren, Silbergeräten, Goldwaren, Uhren und Schmuckstücken blieb trotz des sinkenden Frankens seitens der Besatzung ein enormer. Zwar betreten jetzt die französischen Soldaten in den Geschäften um Zigaretten, weil ihr Lohn nicht reicht für ihre Liebhabereien infolge des Tiefstandes ihres Geldes, aber noch immer werden große Summen für Juwelen von Leuten angelegt, die dasheim das Geld sicher nicht dazu hatten. Auch sonst war das Leben der besetzten Städte von sehr lustigen Clappentritten durchsetzt. In der Graf Wolfstraße in Düsseldorf ist, seit die Franzosen dort sind, eine Bar an der anderen, ein Kino, ein Kaffeehaus und Restaurant neben dem anderen entstanden. Früher war dies eine richtige stille Straße mit wenigen soliden Geschäften. Man sieht auch keine Damen und Mädchen und all das an Gelegenheitshebern und -Politikern, was sich an diese Fremden angeschlossen hat.

Auch die Regie hatte nie den Ehrgeiz, eine sparsame Wirtschaft zu führen. Ob eine Lokomotive oder ein Wagen nach wenigen Tagen oder Wochen zerbrochen oder unbrauchbar wurden, weil die Leute wie die Wilden damit losfahren, in die Bahnhöfe donnerten, die Weichen überschraubten, — was ging's die Herren Franzosen an! Die „maladen“ Sachen schob man den Deutschen wieder zu und forderte neue ein. Daß alle Besatzungsheere in jedem Zuge leere Wagen 2. und 3. Klasse forderten, die zu betreten mit hohen Strafen belegt wird, ist ein Luxus, der indessen auch seine guten Seiten hat. Zwar sind diese Wagen nie voll besetzt, oft ganz leer, aber eine zu nahe Berührung der Besatzung mit den Einwohnern wird doch damit vermieden. Seit ich einmal das Vergnügen hatte, mit zwei betrunkenen Sergeanten, die sich in ein überfülltes deutsches Abteil gedrängt hatten, zu fahren, segne ich diese Verschwendung. Wir Deutschen hatten natürlich nicht das Recht, uns der fremden Eindringlinge zu erwehren, selbst wenn sie sich judringlich und frech benahmen, — indes jeder noch so ruhige Deutsche, der sich in solch' Besatzungskuppe verirrt, Fahrtunterbrechung und Strafe zu gewärtigen hat.

Der Präsident der Reichsbank über Stabilisierung und Kreditfragen

Berlin, 14. November. Der Leiter des deutschen Handelsdienstes hatte eine Unterredung mit dem Präsidenten der deutschen Rentenbank, Ezzell Lenz, in der dieser u. a. ausführte:

Die Hauptaufgabe der Rentenbank war es, dafür zu sorgen, daß die Papiermark nicht weiter fiel, aber auch die Rentenmark nicht falle. Es ist der Rentenbank nicht immer leicht geworden, diese Aufgabe zu erfüllen, und es ist ihr nur gelungen, indem sie den Ansturm von Kreditgesuchen, dem sie aus allen Ressorts ausgehelt war, Widerstand leistete und Kredite im Rahmen der Rentenbankgesetze nur durch Vermittlung des Reichsfinanzministers gewährte. Ezzell Lenz wies außerdem auf die außerordentlichen Verdienste hin, die sich der Reichsfinanzminister durch die Unterstützung der Rentenbankverwaltung nach allen Richtungen hin erworben habe. Durch die Dawesgelehrung ist nun der Rentenbank ein vorzeitiges Ende bereitet worden. Die Hauptschwierigkeiten bei der Liquidation der Rentenbank sieht Ezzell Lenz darin, daß die der Wirtschaft gewährten Kredite innerhalb 3 Jahren getilgt sein müssen. Da an diesem Kredit die Landwirtschaft den größten Anteil hat, hat man bekanntlich den Gedanken aufgenommen, die Ueberschüsse der Rentenbank dazu zu verwenden, um der Landwirtschaft bei der Ablösung der fälligen Kredite zu helfen und aus den Ueberschüssen gemeinsam mit dem Vermögen der Rentenbank ein neues Institut zu schaffen, die Rentenbankkreditanstalt. Bekanntlich hat die Industrie hiergegen zunächst protestiert, da sie nach dem Rentenbankgesetz an den Ueberschüssen in Form von Dividendenzahlungen teilzunehmen sollte. In Bezug auf das neu zu schaffende Institut herrschen außerordentlich viel irrierte Ansichten und Voraussetzungen. Es soll eine Aufgabe erfüllen, die keine der bestehenden Organisationen zurzeit erfüllen kann. Es

soll und will keiner dieser Organisationen Konkurrenz machen, sondern sie vielmehr, soweit ihm die Mittel zur Verfügung stehen, befruchten und unterstützen. Das neue Institut ist somit als Wachgesellschaft gedacht und die in Arbeit befindlichen Statuten sehen vor, daß alle interessierten Kreise gleichmäßig zur Mitarbeit herangezogen werden und auch gleichmäßig ihren Einfluß geltend machen können. Bei der außerordentlich wichtigen Aufgabe, die die Rentenbankkreditanstalt sich stellt, der Landwirtschaft Ersatz für demnächst fällige Kredite zu schaffen, ist es bedauerlich, daß die Auflösung des Reichstages die endgültige Gründung der Anstalt zu verzögern scheint und es ist eine Lebensfrage für die Landwirtschaft, daß die Gründung alsbald durch eine Notverordnung geschieht. Die Rentenbank ist in der Lage, die Tätigkeit der Rentenbankkreditanstalt sofort aufzunehmen.

Eine Note Herriots in der Nathusiusangelegenheit.

Paris, 14. November. In der Angelegenheit von Nathusius wird die gestrige Havasmeldung dementiert, daß dem Angeklagten von einem militärischen Gesandten in Paris eine abschlägige Antwort auf sein Freilassungsgesuch überreicht wurde.

Am Quai d'Orsay wird dagegen erklärt, daß man heute erst eine von Herriot unterzeichnete Note der deutschen Regierung überreicht hat, nach der die Entscheidung über die Freilassung des Generals ausschließlich dem kommandierenden General von Lille zustehe. (Ob von dem kommandierenden General inzwischen eine Entscheidung getroffen worden ist, ist noch nicht bekannt.)

Das Ende der Regiebahnen.

In der Nacht zum 16. November.

Eine Bekanntmachung der Reichsbahndirektion weist darauf hin, daß in der Nacht vom 15. zum 16. November der Betrieb der Regieeisenbahnen an die Reichsbahngesellschaft übergeht. Als Übergabetag gilt Sonntag, der 16. November. Die Abfertigung von Personen, Reisegepäck, Erzeugnissen, Gütern, Leichen und Tieren erfolgt vom Übergabetag ab nur auf Grund der deutschen Tarife und Dienstvorschriften. Alle Beförderungsgeldern und sonstigen Forderungen werden von diesem Tage ab nur in Reichsmark erhoben. Der bisherige Personenzugfahrplan mit westeruropäischer Zeit bleibt bis zum 30. November 1924 noch bestehen. Vom 1. Dezember ab wird der Winterfahrplan der Reichsbahngesellschaft in vollem Umfange wie vor der Ruhrbesetzung eingeführt. Die Eilgüter-, Vieh- und Milchzüge werden bereits am 16. November 1924 wie vor der Ruhrbesetzung gefahren. Der Güterzugverkehr wird spätestens am 1. Dezember 1924 den früheren Verhältnissen entsprechen.

Die Aufwertung von Mündelvermögen.

Anmeldefrist bis 31. Dezember.

Eltern, Vormünder, Pfleger, Beistände sind verpflichtet, darauf zu achten, daß die durch die dritte Genernotverordnung vorgesehene Aufwertung der Rechte und Forderungen nicht versäumt wird, die zu dem von ihnen verwalteten Vermögen der Kinder und Mündel gehören. Eine Vernachlässigung dieser Pflicht kann sie ersatzpflichtig machen. Vor allem dürfen sie die bis zum 31. Dezember 1924 laufende Anmeldefrist nicht verstreichen lassen. 1. Bei Sparkastenguthaben hat die Anmeldung bis zum 31. Dezember 1924 bei der Sparkasse zu erfolgen, bei der das Guthaben besteht. In der Anmeldung ist anzugeben, daß es sich um Mündelgeld handelt, damit eine bevorzugte Berücksichtigung stattfindet. 2. Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden werden ohne Anmeldung auf 15 % aufgewertet. Die durch Hypothek gesicherte Forderung kann aber in besonderen Fällen höher aufgewertet werden, nämlich, wenn die Forderung auf den Beziehungen zwischen unterhaltsberechtigten oder unterhaltspflichtigen Personen oder auf den Beziehungen aus der Auseinandersetzung zwischen Miterben, geschiedenen Ehegatten, Erben und wenn es sich um eine Restausgleichsforderung handelt, die nach dem 31. Oktober 1918 begründet worden ist. Bei den zu Kinder- und Mündelvermögen gehörigen Hypotheken werden diese Voraussetzungen häufig vorliegen. Der Antrag auf Aufwertung der Hypothekenforderung über 15 % hinaus ist bis zum 31. Dezember 1924 bei dem Amtsgericht zu stellen, in dessen Bezirk das Grundbuch geführt wird.

Eine besonders kostspielige Geschichte bedeuten immer die Feiern des 14. Juli, des Gedentages der Erstürmung der Bastille, für die französische Besatzung. Bis ins kleinste Dorf hinein mußten Tanzböden errichtet werden und französische Musikanten, Komödiantinnen und Komödianten kamen in Autos oder Kutschwagen, um den Tag zu verherrlichen. An Fahnen, Festreden, Blumendekorationen, Guirlanden und Festessen und -trinken wurde nichts gespart, indessen die Bevölkerung, unter deren Augen sich das abspielte, mit der bittersten Not kämpfte. Die hungernden Kinder, die so zahlreich Gelegenheit hatten, das Leben der Besatzung zu studieren, haben bestimmte Vorstellungen gewonnen, an denen sind keine deutschen und alldeutschen Leute und Einflüsse schuld, sondern die Herren Kommandeure selber.

Ein Kapitel für sich ist noch die Art, wie das deutsche Eigentum, insbesondere in Frankreich, verschleudert worden ist, anstatt, daß sich die Nation an diesen Werten, die ungeheuer waren, bezahlt gemacht hätte. Genau wie seinerzeit die beschlagnahmten französischen Kirchengüter verschleudert und unter Schiebern geteilt wurden, ohne daß das Volk oder seine offizielle Regierung einen Pfennig davon sah, ist es jetzt mit dem deutschen Eigentum in Frankreich gemacht worden, und immense Werte, die als Kriegsschuldenzahlung gelten sollten und den Wiederaufbau der Kriegsgebiete fördern, sind einfach gestohlen, verschoben und vergaunert worden. Der Automobilpark einer großen deutschen Firma hat in der Versteigerung Stück für Stück einen Franken gebracht. Große Gemälde von Lenbach brachten 25 Franken, Intimabilder und Miniaturen eines Sammlers gingen in Waschkörben fort und wurden in Centimes bezahlt bei der Versteigerung. Deutsche Gemälde moderner Maler sind aus ihren Auktionshäusern geräubert worden und erscheinen auf dem Kunstmarkt mit französischer Signatur. Wäsche, Silber, Möbel, Geräte aus deutschen Geschäften und Wohnungen sind einfach gestohlen worden in großzügigster und öffentlichster Weise, und wenn man die Polizei oder die Herren Liquidatoren auf dies Treiben aufmerksam machte, so hieß es: das ist französisches Eigentum, und was gestohlen wird, geht nur den Staat an.

Allerdings geht's nur den Staat an, aber seine Bewohner haben eigentlich guten Grund, nach dem Verbleib der Dinge zu fragen. Deutschland ist durch dies Treiben ärmer geworden und Frankreich nicht reicher. Im Gegenteil, — die französische Valuta stände sicher besser ohne diesen ungeheuren Schwund, der sich da vor Augen der wachsameren Pariser Regierung recht unbehelligt und unverdächtig abgespielt hat. Das Maison de vente, das Auktionshaus von Paris, war jahrelang von Schiebern so belagert, daß sich anständige Menschen überhaupt nicht mehr hineinwagen. Frankreich wollte deutsches Gut verschwenden, um Deutschland zu ruinieren. Aber jeder Kenner Frankreichs mußte erwarten, daß Frankreich bei dieser Politik schließlich der Atem ausgehen und der Barometer der Nationen, die Valuta, sinken müßte.

Wenn Deutschland irgendwie leistungsfähig werden soll, muß jede Verschwendung aufhören. Vor allem die Verschwendung, die in dem Besetzen friedlicher Gebiete mit ungeheuren Truppentruppen liegt.

Aussprache des bayerischen Ministerpräsidenten mit Seect.

Berlin, 14. November. Wie man aus München meldet, hatte der bayerische Ministerpräsident Seect während seines Berliner Aufenthaltes eine persönliche Aussprache mit dem Chef des Reichsheeres General von Seect über die Münchener Infanterieschule